

Britische Premierministerin verlangt mehr Zeit für Brexit-Verhandlungen

## „Statt Poker zu spielen, sollte sie lieber reinen Wein eingießen“

**Premierministerin Theresa May gibt nicht auf: Sie hat das britische Unterhaus um mehr Zeit für ihre Brexit-Verhandlungen gebeten. Wozu? Die EU wird ihre Meinung nicht ändern.**

Theresa May ist wirklich unbelehrbar! Statt die Gegebenheiten zu akzeptieren, will sie mit der EU weiter über den Brexit-Vertrag verhandeln, und zwar so lange, bis sie im Unterhaus eine Mehrheit für den überarbeiteten Austrittsvertrag bekommt. Nur: Die EU macht nun schon seit Monaten klar, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Alle Welt weiß das. Theresa May führt nicht nur die britische Bevölkerung, sondern auch ihr Parlament an der Nase herum!

Konsequent wäre, wenn sie das Austrittsabkommen der Bevölkerung vorlegen würde, damit diese in einem Referendum darüber befindet, ob sie den Vertrag gut oder schlecht findet. Schließlich baut Mays gesamtes Brexit-Kartenhaus auf einem Referendum auf. Über zwei einfache Parolen, „Leave!“ oder „Stay!“, durften die britischen Bürger 2016 entscheiden. Jetzt, wo der Vertrag ausgehandelt ist und die Sache etwas komplexer wird, sind die Bürger wohl nicht mehr mündig genug? Statt weiter mit der EU und dem eigenen Parlament Poker zu spielen, sollte May lieber der Bevölkerung reinen Wein eingießen: So, wie der Austrittsvertrag jetzt aussieht, so ist er, mehr war nicht drin. Genau so sollte sie es auch kommunizieren.

EU-Singapur-Abkommen verabschiedet

## Über 10.000 europäische Unternehmen sind bereits im Land

**Wir haben das Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur vergangene Woche in Straßburg gebilligt.**

Es ist das dritte moderne Handelsabkommen nach CETA (EU-Kanada) und JEFTA (EU-Japan) und wird innerhalb von fünf Jahren praktisch alle Zölle zwischen der EU und Singapur beseitigen. Es ermöglicht den freien Dienstleistungsverkehr, auch im Privatkundengeschäft, und schützt europäische Produkte wie die Thüringer Rostbratwurst. Ebenso umfasst es die Stärkung der Arbeitsrechte und des Umweltschutzes. Als erstes bilaterales Handelsabkommen zwischen der EU und einem Mitglied des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) soll das Abkommen als Grundlage für weitere Freihandelsabkom-

men zwischen den beiden Regionen dienen. Auch das Investitionsschutzabkommen hat von uns grünes Licht bekommen. Es sieht ein Gerichtssystem mit unabhängigen Richtern zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat vor. Sobald der Ministerrat das Handelsabkommen unterschrieben hat, kann es in Kraft treten. Damit das Investitionsschutzabkommen in Kraft treten kann, müssen es die EU-Mitgliedstaaten zunächst ratifizieren.

Singapur ist mit Abstand der größte Handelspartner der EU in der Region und macht fast ein Drittel des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU und dem ASEAN sowie rund zwei Drittel der Investitionen zwischen den beiden Regionen aus. Über 10.000 europäische Unternehmen haben ihre Niederlassungen in Singapur.

## Aus dem Europäischen Parlament

EU-Parlament und Rat haben sich auf die Reform des Urheberrechts verständigt

### Online-Plattformen sollen für Urheberrechtsverletzungen haften

Nach sechs Monaten harten Verhandlungen zwischen Europaparlament und den nationalen Regierungen ist es nun soweit: Die EU bekommt einen Urheberrechtsschutz auch im digitalen Bereich.

Unsere Unterhändler haben sich vergangene Woche mit dem Ministerrat auf einen gemeinsamen Textentwurf verständigen können. Die neue EU-Richtlinie zum digitalen Urheberrechtsschutz muss nur noch formal vom Rat und von uns Abgeordneten verabschiedet werden. Damit werden wir eines der zentralen Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode zum Abschluss bringen.

Bei der Richtlinie geht es darum, Werke von Autoren und Künstlern zu schützen. Bisher haben Online-Plattformen wie YouTube, Facebook und Google News keine rechtliche Verantwortung für die Nutzung und das Hochladen urheberrechtlich geschützter Inhalte auf ihrer Webseite übernehmen müssen. Damit ist künftig Schluss. Die Plattformen sollen für die Urheberrechtsverletzungen, die auf ihren Seiten stattfinden, haften. Ich hoffe nur, dass wir die Richtlinie in Deutschland bei der Umsetzung nicht wieder „verschlimmbessern“ (wie wir es schon mit der Datenschutzgrundverordnung getan haben)!

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Keiner – aber wirklich absolut keiner! – im EU-Parlament will eine „Zensur“, „Filter“, „Link-Steuer“ oder die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, wie uns dies gern plakativ unterstellt wird. Und es ergibt sich auch nicht aus den zugrundeliegenden Kompromissen. Wer etwas anderes behauptet, ist falsch informiert, verbreitet bewusst „Fake News“ (meist gesteu-

ert von Google, Facebook und Co.) und dies auch noch im wirtschaftlichen Interesse großer Internetplattformen! Was wir wollen, ist eine faire Vergütung der Urheber auch in einem digitalen Zeitalter und eine faire Vergütung derer, die die Verbreitung dieser geschützten Leistung wirtschaftlich und strukturell absichern. Die neue Richtlinie schließt deshalb auch Presseveröffentlichungen im Internet ein. Bisher vergüten die Plattformen diese Nutzung nicht oder nur in sehr geringem Umfang. Die Presseverleger sollen zusätzliche Vergütungen direkt mit den Journalisten teilen. Nur so kann unabhängiger Journalismus geschützt und der Berufsstand gesichert werden.

Upload-Filter sind übrigens von der Richtlinie nicht verpflichtend vorgeschrieben! Sollte Erkennungssoftware von Plattformen eingesetzt werden, damit die Plattform ihrer Haftung gerecht wird, so soll diese auf Basis einer Kooperation mit den Rechteinhabern entwickelt werden, die Meinungsfreiheit nicht einschränken, urheberrechtliche Ausnahmen berücksichtigen (zum Beispiel für Memes) und ein Beschwerdesystem vorsehen.

**?** **Für wen gilt die neue Richtlinie?** Nur große Plattformen und solche, die ein Geschäft damit machen, dass Nutzer urheberrechtlich geschützte Inhalte hochladen können, fallen in den Anwendungsbereich der neuen Regeln. Kleinstunternehmen sowie Dienste, die nicht für gewerbliche Zwecke handeln (etwa Online-Enzyklopädien), Anbieter von Cloud-Diensten, Open-Source-Plattformen und Online-Marktplätze, die hauptsächlich physische Waren verkaufen, sind ausgenommen.

**Gute Nachrichten für alle Diesel-Fahrer:** Die Europäische Kommission gibt grünes Licht für den Plan der Bundesregierung, Dieselfahrverbote bei geringfügiger Überschreitung des Stickoxid-Grenzwertes für unverhältnismäßig zu erklären. Die Deutsche Umwelthilfe hatte sich bei ihren Klagen für Dieselfahrverbote stets auf die europäische Luftqualitätsrichtlinie berufen. Die EU-Kommission hat jedoch klargestellt, dass sie keine Fahrverbote vorschreibt oder verhängt. Das Gesetz zur Vermeidung von Dieselfahrverboten, das die Große Koalition bereits erarbeitet hat, wurde jetzt von „Brüssel“ genehmigt. Ohne Zweifel ist die Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten ein wichtiges Ziel. Dazu gibt es viele sinnvolle Maßnahmen, wie zum Beispiel die Nachrüstung von Bussen des ÖPNV und von Kommunalfahrzeugen sowie Maßnahmen zur „Verflüssigung“ des Verkehrs. Dieselfahrverbote bei nur geringfügiger Überschreitung des Stickoxid-Grenzwertes sind jedoch völlig unverhältnismäßig. Bundestag und Bundesregierung können nun zügig dafür sorgen, dass viele drohende Fahrverbote vom Tisch kommen.

## Aus dem Europäischen Parlament

Frontex-Reform auf den Weg gebracht

### **EU-Grenzschrützer sollen mehr Personal und Kompetenzen erhalten**

**Meine Fraktion, die Europäische Volkspartei, macht jetzt Druck: Wir wollen noch vor der Europawahl die Aufstockung der Europäischen Grenz- und Küstenwache unter Dach und Fach bringen.**

Die EU-Innenminister hatten unsere Pläne für den „Frontex“-Ausbau Anfang Dezember um mehrere Jahre verschoben. Statt 2020 als Zieldatum (wie von uns gefordert) schlug die damalige EU-Ratspräsidentschaft 2027 vor und schloss auch deutlich weniger Grenzschrützer als die anvisierten 10.000 nicht aus.

Auch aus Deutschland gab es damals kräftigen Rückenwind, die Aufstockung der Europäischen Grenz- und Küstenwache auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Die deutsche Bundesregierung war nicht be-

reit, Geld für mehr EU-Einsatzkräfte auszugeben. Jetzt beklagt sie sich, dass es beim Thema Außengrenzschutz auf europäischer Ebene nicht vorangeht und verkauft seit dem „Werkstattgespräch“ die Frontex-Aufstockung als neue Idee. Da bleibt mir doch glatt die Gräte im Hals stecken!

Unser Innenausschuss tritt jetzt jedenfalls aufs Gas: Vergangene Woche hat er einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der die Aufstockung der Europäischen Grenz- und Küstenwache auf 10.000 Einsatzkräfte innerhalb der kommenden fünf Jahre vorsieht. Zum Vergleich: Derzeit sind 700 eigene Mitarbeiter und 1300 von den Mitgliedstaaten entsandte Grenzschrützer im Einsatz. Frontex soll künftig aber nicht nur mehr Personal, sondern auch mehr Kompetenzen und eigene Ausrüstung bekommen.

Mobilitätschancen durch EU-Fernbusverkehr wachsen – nationale Schutzmöglichkeiten bleiben erhalten

### **Subsidiarität der Mitgliedstaaten bleibt trotz Marktöffnung gewahrt**

**Die Liberalisierung (Öffnung) des Fernbusverkehrs soll nun endlich auf grenzüberschreitende Fahrten ausgeweitet werden.**

Viele Bürgerinnen und Bürger haben hierauf gewartet! Hiervon profitieren nicht nur die Reisewilligen, sondern auch die Umwelt. Der Fernbusverkehr ersetzt Millionen von Fahrten mit dem eigenen Pkw! Außerdem entstehen etwa 100.000 neue Jobs. Einen entsprechenden Vorschlag haben wir im Parlament verabschiedet.

Unser inländischer, deutscher Fernbus-Linienverkehr ist schon seit 2013 liberalisiert. Das hat dazu geführt, dass immer mehr Verbraucher die Möglichkeit erhalten haben, mobil zu sein. Besonders finanziell schwächere Personengruppen haben jetzt die Möglichkeit, über längere Strecken preisgünstig mit dem sicheren und umweltfreundlichen Bus zu reisen! Die steigende Anzahl an Busreisenden spricht für sich: Innerhalb von nur vier Jahren verachtfachte sich die Zahl der Reisenden im deutschen Fernbus-Linienverkehr, ohne dass es zum befürchteten Rückgang bei den Bahnreisenden beziehungsweise im öffentlichen Personennahverkehr kam!

Ich bin froh, dass es uns mit unserem Gesetzesentwurf zum freien grenzüberschreitenden Fernbus-Linienverkehr nun endlich gelungen ist, einerseits den europäischen Markt künftig etwas offener und fairer zu gestalten, andererseits aber die Subsidiarität der Mitgliedstaaten zu bewahren. So werden vor allem nationale Regulierungsbehörden gestärkt. Wir garantieren den diskriminierungsfreien Zugang zu Terminals und Fahrtrouten. Anträge von „Neulingen“ auf Zugang zu einem nationalen Verkehrsmarkt können unter konkreten Kriterien auch abgewiesen werden. Zum Beispiel wenn keine Kapazität zur Verfügung steht – oder aber auch, wenn das Busunternehmen kontinuierlich die Zahlung verweigert oder gegen die Hausordnung verstößt. Ich freue mich, dass wir diese Punkte in den Text aufnehmen konnten.

Übrigens: Im Fernbus-Linienverkehr werden Fahrstrecken und Fahrpläne stets vom Aufnahmemitgliedstaat vorab festgelegt und genehmigt. Das vermeidet „Schwarzfahrten“ zu Dumpingpreisen. Busfernfahrten sind damit im Gegensatz zu Lkw-Fahrten leicht kontrollierbar.

Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) informiert am 20. Februar in Erfurt

### Tipps zur Vorbereitung der diesjährigen Europawoche

Die Europawoche vom 4. bis 12. Mai bietet sich an, mit den Bürgerinnen und Bürgern über verschiedene Fragen zu diskutieren: Wie berechtigt ist die Kritik an der EU? Ist die Rückkehr zum Nationalstaat eine Lösung oder erfordert die Globalisierung nicht eher eine engere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? Welche Reformen sind nötig? Diese Themen bilden den Rahmen für eine Informationsveranstaltung, zu der das Europäische Infor-

mations-Zentrum (EIZ) in der Thüringer Staatskanzlei am 20. Februar einlädt.

Darüber hinaus stellt das EIZ bei dieser Veranstaltung die Kampagne des EU-Parlaments für die Europawahl vor und gibt Hinweise zur Europawoche und zum diesjährigen Europafest, das am 4. Mai in Suhl stattfindet. Den Ablauf der Veranstaltung und alle weiteren Informationen finden Sie hier: <https://bit.ly/2RZdnzm>

Ausschreibung zur Unterstützung kommunaler Partnerschaftsprojekte

### Finanzspritze für gemeinsame entwicklungspolitische Vorhaben

Deutsche Kommunen können einen Zuschuss für ihre Zusammenarbeit mit Partnerkommunen im Globalen Süden beantragen. Im Rahmen des Projekts „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) werden gemeinsame entwicklungspolitische Vorhaben mit bis zu 500.000 Euro gefördert. Interessenbekundungen sind bis 22. Februar möglich.

Die SKEW unterstützt deutsche Kommunen auch aus

dem Kleinprojektfonds für kommunale Entwicklungspolitik. Bezuschusst werden Vorhaben zur Vernetzung und Begegnung, Strategieentwicklung, Qualifizierung und Informationsarbeit zur Stärkung der kommunalen Entwicklungspolitik. Die Höhe der Zuschüsse beträgt 1.000 bis maximal 20.000 Euro und erfolgt im Rahmen einer Anteilsfinanzierung. Projekte können bis 1. Oktober beantragt werden. Die maximale Laufzeit beträgt zwölf Monate. Mehr Informationen unter: <https://bit.ly/219GbWe>

#### ★ Italienische Kommune sucht Projektpartner

Die knapp 11.000 Einwohner zählende italienische Stadt Celano sucht für die Einreichfrist zum 1. März noch deutsche Partner (Städte und Gemeinden) für ein Vernetzungsprojekt. Thematisch wird das Projekt die Themen interkultureller Dialog und soziales Engagement behandeln. Ein rumänischer und ein belgischer Partner gehören bereits zum Konsortium. Deutsche Kommunen sind bei Interesse herzlich eingeladen, sich zu melden. Hier finden Sie die Kontaktdaten: <https://bit.ly/2t2JqEs>

#### ★ Bürgerdialog „Starke Kommunen in der EU“

Der Bürgerdialog „Starke Kommunen in der EU: Chancen und Risiken der europäischen Integration“ des Thüringer Landtags am 19. Februar bietet Gelegenheit, sich im Gespräch mit kommunalen Vertretern der Frage zu nähern, vor welchen Herausforderungen die Thüringer Kommunen aufgrund der europäischen Integration stehen, wo sie Chancen sehen und welche Rolle sie künftig im europäischen Willensbildungsprozess spielen sollen. Mehr zum Programm unter: <https://bit.ly/2S3DWlw>

**Chance für Unternehmen mit Geschäftsinteressen nach Frankreich:** In der französischen Partnerregion Thüringens Hauts-de-France können Thüringer Unternehmen jetzt Kontakte knüpfen und Auszubildende gewinnen. Die Erfurter Industrie- und Handelskammer (IHK) sucht interessierte Firmen, die gern EU-Förderprogramme wie Erasmus+ oder Institutionen wie ProTandem nutzen möchten, um französische Jugendliche zu empfangen oder eigene Azubis zu entsenden. Nähere Auskünfte gibt die IHK Erfurt: <https://www.erfurt.ihk.de/>

## Service und Termine

### ★ „DemokratieErleben“-Preis für Schulen

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. schreibt den „DemokratieErleben-Preis für demokratische Schulentwicklung“ aus. Der Preis zeichnet Schulen aus, die Kinder und Jugendliche besonders darin fördern, aktiv und verantwortlich die Demokratie als Lebens-, Gesellschafts-, und Herrschaftsform mitgestalten zu können. Der Preis ist mit bis zu 5.000 Euro dotiert. Bewerbungen können bis 15. April eingereicht werden. Mehr Informationen unter: <https://bit.ly/2GE5LQN>

### ★ Smart Hero Award 2019

In diesem Jahr suchen die Stiftung Digitale Chancen und Facebook bereits zum sechsten Mal Personen, die ehrenamtliches und soziales Engagement erfolgreich in und mit Social Media umsetzen. Das aktuelle Schwerpunktthema lautet „Eine demokratische Gesellschaft“. Bewerbungsschluss ist der 31. März. Es winken Preisgelder in Höhe von bis zu 10.000 Euro. Erfahren Sie mehr unter: <https://www.smart-hero-award.de/bewerbung/>

### ★ Bundeskongress Politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet vom 7. bis 9. März in Leipzig gemeinsam mit verschiedenen Partnern den 14. Bundeskongress Politische Bildung unter dem Titel „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“. In thematischen Sektionen und Workshops werden kontroverse Gesellschaftsdiagnosen, wissenschaftliche Ergebnisse, politische und gesellschaftliche Herausforderungen sowie fachliche Fragen zum Thema Emotionen vorgestellt und diskutiert. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2SqcFKp>

### ★ Einstieg ins Projektmanagement für EfBB

Ein Training der Kontaktstelle Deutschland für das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) am 8. April in Bonn möchte den Einstieg ins Projektma-

nagement für europäische Projekte erleichtern und den Teilnehmern das hierfür nötige Werkzeug an die Hand geben. Die Teilnehmer lernen praxiserprobte Instrumente aus durchgeführten EfBB-Projekten kennen, die sie in allen Phasen des Projektzyklus und für die Arbeit mit europäischen Partnern nutzen können. Außerdem haben die Teilnehmer in Arbeitsgruppen die Gelegenheit, ihre Projektideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Dabei werden sie von einem erfahrenen Projektkoordinator und den Beratern der Kontaktstelle begleitet. Anmeldeschluss für das Seminar ist der 21. März. Erfahren Sie mehr unter: <https://bit.ly/2WV5AGA>

### ★ Schülerwettbewerb des Europäischen Parlaments

Der diesjährige Schülerwettbewerb „Euroscola“ des EU-Parlaments steht ganz im Zeichen der Europawahl Ende Mai. Das Thema lautet „Diesmal wähle ich ... für ein junges Europa!“. Bis zum 5. April können Schülergruppen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren ihren Beitrag dazu einreichen, egal ob als Gedicht, Kurzfilm, Fotoreportage, Aufsatz, Poetry-Slam oder in einer anderen Form. Das Verbindungsbüro des EU-Parlaments in Deutschland wählt die 15 deutschen Gewinnergruppen aus. Diese dürfen im Laufe des Schuljahres 2019/2020 dann zum Parlament in Straßburg reisen. Im Rahmen des Programms „Euroscola“ treffen sich dort mehrmals im Jahr rund 500 Schülerinnen und Schüler aus allen EU-Mitgliedstaaten für einen Tag. Erfahren Sie mehr unter: <https://bit.ly/2EwOBUF>

### ★ EPALE unterstützt bei der Partnersuche

Sie sind auf der Suche nach einer Partnerorganisation für ein Erasmus+-Projekt in der Erwachsenenbildung? Auf EPALE finden Sie aktuelle Projektpartner-Anfragen aus ganz Europa. Wenn Sie sich auf der Website registrieren, können Sie auch Ihre eigene Anzeige veröffentlichen. Hier geht's direkt zum Partnersuchportal: <https://ec.europa.eu/epale/de/partner-search>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP  
Europabüro  
Frauenplan 8  
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07  
Fax 03643 50 10 71  
[www.europaabgeordneter.eu](http://www.europaabgeordneter.eu)  
[info@europaabgeordneter.eu](mailto:info@europaabgeordneter.eu)  
[www.facebook.com/europaabgeordneter](https://www.facebook.com/europaabgeordneter)



CDU